

Der Deutsche Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Erscheint jeden Freitag.

Zu beziehen durch alle Postanstalten zum Preise von M. 1,50 pro Quartal. Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Redaktion und Expedition:

Wln. a. Rhein, Palmstraße 14. — Telefonruf 7605.
Redaktionschluss Dienstag Mittag.

Inserate

Kosten die dreispaltige Petitzeile 30 Pfg. Stellenvermittlung und Anzeigen der Zahlstellen die Hälfte.

Nr. 36.

Söln, den 6. September 1907.

VIII. Jahrgang.

Der Kampf in Ramberg.

Seit drei Wochen ist der Streik der Bürstenmacher in Ramberg mit erneuter Heftigkeit zum zweiten Male auf der ganzen Linie ausgebrochen. Die Arbeitgeber haben den durch den Gewerbeinspektor geschlossenen Vertrag nicht gehalten. Es blieb daher den Arbeitern nichts anderes übrig, als mitten in der Geschäftskonjunktur von neuem die Arbeit einzustellen, so lange, bis die Arbeitgeber davon überzeugt sind, daß Verträge respektiert werden müssen. Und wäre der Vertrag gehalten worden, so dürfte nach dessen Wortlaut die Arbeit nicht mehr eingestellt werden.

Das Verhalten der Fabrikanten ist kaum erklärlich, wenn man nicht die Verhältnisse in Ramberg kennt. Wöfe Jungen, die die Absichten der Fabrikanten kennen wollten, behaupten, daß es diesen gar nicht um einen ehrlichen Frieden zum Zwecke wäre. Trotz des Vertrages soll sogar eine schwarze List existiert haben. Wenn darum der Widerstand der Arbeiter nunmehr noch gewachsen ist, so ist dies wohl zu verstehen. Auch deshalb, weil es sich um Arbeiter handelt, die früher wie die Russen und Japaner sich im Interesse der Fabrikanten verprügelten, die deshalb ins Gefängnis wanderten, die die Fabrikanten in die Gemeindevertretung wählten und die zum Teil 20 Jahre lang und noch darüber hinaus treu und fleißig das Vermögen der Fabrikanten verwalten halfen. Diese Arbeiter sollen jetzt auf einmal nicht mehr taugen. Es soll nicht möglich sein, ihnen auf die Dauer von 2 Jahren zweimal je eine fünfprozentige Lohnerhöhung zu gewähren. Mit dem Schaden, der durch den nunmehr beinahe ein halbes Jahr dauernden Streik den Fabrikanten zugefügt worden ist, hätten sie mindestens die üblichen Ansprüche der Arbeiter mehrere Jahre befriedigen können. Aber nein, das wollte man nicht. Man dachte sich vielmehr die Sache so, daß die Arbeiter be- und wehrend zu Kreuze kriegen müßten und die letzten Dinge wären dann schlimmer gewesen wie die ersten. Daß auch die Arbeiter nichts zu beanspruchen und die Arbeitgeber den Arbeitern gegenüber Pflichten zu erfüllen haben, scheinen manche in Ramberg bis heute noch nicht zu begreifen. Ihnen geht nur einzig und allein das umgekehrte Verhältnis vor. Daß damit jedoch die Arbeiterorganisationen gründlich aufräumen und ein modernes Recht an dessen Stelle setzen, hätten die Arbeitgeber wissen sollen. Sie hätten dann leicht auch als vernünftige Geschäftsleute in Sachen des Streiks anders kalkuliert.

Trotz dieser Haltung seitens der Fabrikanten versuchte der Verband vor der zweiten Arbeitsniederlegung nochmals eine friedliche Verständigung herbeizuführen. Dieselbe scheiterte jedoch an dem Verhalten der Arbeitgeber. Sie wollten nur eine fünfprozentige Lohnerhöhung ab 1. Januar 1908 auf die Dauer von drei Jahren bewilligen. Ein Teil der Arbeiter sollte sogar herabgesetzt werden. Dieses Annehmen lehnte der Verband ab. Derselbe wäre wohl bereit gewesen einen zweijährigen Vertrag abzuschließen, wenn wenigstens für die Einzeler eine zehnprozentige Lohnerhöhung in zwei Jahren erfolgt wäre. Doch darauf ließen sich die Arbeitgeber nicht ein.

Jetzt ist der Kampf insofern in ein neues Stadium getreten, als sich eine Genossenschaft gebildet hat, die die Fabrikation selbst in die Hand nimmt. Sofort nach der Gründung wurden über 600 Anteile à 50 M. gezeichnet. Ein großes Haus mit anschließendem Grundstück ist von der Genossenschaft angekauft worden. Seit Montag den 3. Sept. ist der Betrieb bereits eröffnet. Es ist vorgelesen, daß nach dem nach alle Arbeiter von Ramberg in dem Betrieb Beschäftigung finden. Diese Wendung im Kampf haben die Arbeitgeber wohl nicht geahnt. Sie würden ja erst doch leicht den sehr bescheidenen Teil der Forderung, 5% Lohnerhöhung, bewilligt und den abgeschlossenen Vertrag respektiert haben. Jetzt haben die Herrn Arbeitgeber die Antwort auf die in der letzten Verhandlung gestellte Frage: Was dann, wenn die Arbeitgeber mal streiken? Dann organisieren die Arbeiter eben durch ihre Genossenschaft.

Durch ihr Verhalten haben es die Arbeitgeber in Ramberg dahin gebracht, daß heute das Gros der Bevölkerung seitens der Arbeiter steht. Das zeigte sich auch bei der Gründung der Genossenschaft. Eine ganze Anzahl angesehenerer Bürger sind mit namhaften Beiträgen der Genossenschaft beigetreten. Zudem werden die Arbeitgeber bei späteren Wahlen werden, daß ein freier Arbeiter einen andern Stimmzettel in die Urne legt und andere Männer auf's Rathaus schießt, als

wie ein solcher, der vom Arbeitgeber abhängig ist. Für Ramberg dürfte dies ein besonderes Unglück nicht sein. Beschlüsse, wie sie in den letzten Jahren mehrermals vom Bezirksamt annulliert worden sein sollen, werden dann vielleicht nicht mehr gefaßt.

Zum Schluß möchten wir noch bemerken, daß die Firma Rickes & Störz einen Teil ihres Betriebes nach Sandstuhl verlegen will. In den Zeitungen und durch Bekanntmachungen in den umliegenden Ortschaften sucht die Firma Arbeitskräfte. Wir machen alle Kollegen darauf aufmerksam. Da Sandstuhl nicht auf dem Monde liegt, so wird der Verband mit der Firma sich bei passender Gelegenheit auch in diesem Ort zusammenfinden.

Gewerkschaft und Volkswirtschaft*).

Der Staat hat die Aufgabe, ein Förderer der Volkswirtschaft zu sein. Staatsinteresse ist weder gleichbedeutend mit Arbeitgeber-Interesse, noch mit Arbeiter-Interesse. Der Staat steht auf das Ganze. Die Blüte der Volkswirtschaft läßt sich nun auf zwei Wegen erstreben: indem man so billig oder indem man so gut wie möglich produziert. Die Tendenz möglicher Billigkeit treibt zur Degradation des Arbeiterstandes. Schließlich können wir doch mit dem glücklichen Himmel Indiens nicht an Billigkeit konkurrieren. In Deutschland braucht man mehr Kleidung, mehr Wohnung, mehr Nahrung, als sie der Kuli aufwendet. Diejenigen deutschen Industrien, die auf Billigkeit allen Nachdruck legen, werden immer mehr von der Konkurrenz Hinter-Indiens und Chinas bedrängt werden, — und wenn ersiene es denn erwünscht, dem deutschen Arbeiter eine solche Anpruchslosigkeit anzuehnen, wie sie die halb- und viertelzivilisierten Nationen haben. Wir müssen den deutschen Arbeiter körperlich und geistig so stark zu machen suchen, daß er immer bessere Ware liefert. Der deutsche Export muß nicht sowohl auf Billigkeit wie auf Qualität ruhen. Wohl weiß ich, daß die Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit Schranken für das Aufwärtstreben des Arbeiters zieht, aber eine Niederhaltung der Arbeiterklasse im Interesse der Warenkonkurrenz ist kein staatlicher Gewinn auch unter dem wirtschaftlichen Gesichtspunkt. Die Gewerkschaft, die zur guten Berufsbildung mitwirkt, tut hierbei eine vaterländisch wichtige Pflicht, und sie wird in der Zukunft noch weit mehr, als dies in den heutigen Anfängen geschehen kann, auf die Ausbildung der Lehrlinge einwirken. Sie wird durch fachmännische Ausstattung ihrer Organe die Fachbildung ihrer Mitglieder erhöhen. Die Gewerkschaft wirkt zu immer höherer technischer Durchbildung der einfachen Arbeitskräfte. Sie fordert mehr für den einzelnen Arbeiter, aber sie wirkt auch für dessen erhöhte Leistungsfähigkeit.

Das Schwerkrieg der Wirtschaft liegt im inneren Markt. Der innere Markt bietet den Hauptabsatz und den sichersten Absatz. Die Einfuhr von 7 1/2 Milliarden und die Ausfuhr von 6 1/2 Milliarden Mark (im Jahre 1905 betrug im Gesamtumfang die Einfuhr 7 777,1 Million, die Ausfuhr 6 220,3 Millionen Mark) bleibt immer der kleinere Teil des Gesamtumsatzes des deutschen Volkes, das jährlich 26 Milliarden Mark beträgt. Das wichtigste ist die Steigerung der inneren Konsumkraft. Unsere wirtschaftliche Gefahr ist nicht, daß wir zu wenig produzieren, sondern daß wir zu wenig absetzen. Steigt die Konsumkraft der Masse, so wird dadurch ihre Kaufkraft gestärkt und damit die Absatzmöglichkeit erhöht. Die Gewerkschaft wirkt somit an ihrem Teil zur Blüte der Volkswirtschaft.

Gewiß ist Gewerkschaftsbewegung bewußte Standesbewegung. Aber sie ist darum nicht eine Feindin anderer Stände, sie erkennt die Unterschiede der Interessen klar, aber sie kennt auch gemeinsame Interessen und erkennt eine Solidarität aller schaffenden Stände in Stadt und Land an. Der Arbeiterstand hat nicht allein das Schicksal der Welt zu tragen: der Traum ist aus. Die Arbeiterschaft ist weder allmächtig, noch auch ohnmächtig. Sie ist ein Stand unter anderen Ständen. Insbesondere wird sie dem gewerblichen Mittelstand, in dem mancher der begabtesten Arbeiter hineinsteigt, sich verbunden fühlen und ebenso dem Bauernstand, aus dem der Arbeiterstand zum guten Teil hervorgegangen ist, und dem er bei Verlegung der Fabriken aufs Land, die dem Arbeiter Bistigkeit ermöglicht, wieder sich annähert. Je häufiger begabte Arbeiteröhne in den Lehrstand und in den Beamtenstand hineinsteigen und dort als frisches Blut wirken, je mehr wird die Solidarität aller Stände des Volkes empfunden werden.

*) Vorstehende Abhandlung entnehmen wir mit Genehmigung des Verlags dem eben erschienenen und von Dr. W. Rumm und Gewerkschaftssekretär Kassenbeul verfaßten Fest: „Eine eigene sozialpolitische Theorie für die christlich-nationale Arbeiterbewegung“, Berlin, Vaterländische Verlags- und Kunstankstalt, 97 Seiten, Preis 50 Pfg., durch die Buchhandlung des Generalsekretariats der christlichen Gewerkschaften, Wln., Palmstr. 14, zu beziehen.

Die badische Holzindustrie

im Lichte des Fabrikinspektionsberichtes für das Jahr 1906.

In den alljährlich erscheinenden Berichten der Gewerbe- und Fabrikinspektion ist immer ein beträchtliches Tafachermaterial über die Lage der Lohnarbeiter zusammengetragen, das geeignet ist, den Arbeiterorganisationen als Grundlage ihrer Tätigkeit zu dienen. Von den Inspektionen hat insbesondere die badische von jeher das Bestreben gehabt, die Lage der Arbeiter gut zu erfassen und sie der breiteren Öffentlichkeit zu schildern. So findet sich auch in ihrem Berichte für das Jahr 1906 manches wissenswerte über die Zustände in der badischen Holzindustrie.

Holzindustrielle Betriebe waren im Jahre 1906 in Baden 1447 (im Vorjahre 1419) vorhanden, das ist 15,2% aller der Fabrikinspektion unterstellten Anlagen. In ihnen wurden 15845 (im Vorjahre 12657) Arbeiter beschäftigt, gleich 7,2% aller in den der Fabrikinspektion unterstellten Betrieben beschäftigten Personen. Es zeigt sich auch in der Holzindustrie, daß die Arbeiter immer mehr in Betriebe mit einer größeren Arbeiterzahl hineingedrängt werden. Während im Vorjahre auf einen Betrieb im Durchschnitt 9 Arbeiter entfielen, sind es deren im Berichtsjahre 11.

Leider ist die Zahl der revidierten Betriebe der Holzindustrie gegen das Vorjahr zurückgegangen, was wohl auf die Ueberlastung der Gewerbeinspektion zurückzuführen ist. Von 100 holzindustriellen Anlagen wurden 30 (im Vorjahre 40) revidiert. AufLAGen, zur Verhütung von Unfällen an Holzbearbeitungsmaschinen wurden von der Inspektion 219 (285) erlassen. Von den laut § 120 e der Gewerbeordnung der Inspektion unterstellten 32 Anlagen zur Bürsten- und Pinselherstellung mit 114 Arbeitern, wurden 12 mit 29 Arbeitern revidiert. Außerdem wurden auf besondere Veranlassung von der Inspektion Handwerksbetriebe besucht und zwar: Wagner, Drechselnwerker, Sattler und Schreiner.

Die Inspektion nahm außerdem Gelegenheit, geplante Neuanlagen von Betrieben zu begutachten und entfallen von 1296 Gutachten 261 auf Stein-, Metall- und Holzbearbeitungswerkstätten, denen 994 Bedingungen, unter denen die Genehmigung der Anlagen empfohlen, gestellt wurden.

Die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter, das sind solche unter 16 Jahren, hat in der badischen Holzindustrie im Berichtsjahre eine größere Ausdehnung genommen. Ihre Zahl betrug 1256 (905), davon waren männlich 799 (613) weiblich 457 (292). Von 100 in der Holzindustrie beschäftigten Arbeiter waren 7,8 (7,1) jugendliche; von 100 letzteren wiederum 36,5 (32,2) weibliche. Der starke Zuwachs ist wohl mit auf die Neugründung einer Zelluloidwarenfabrik, sowie auf die erstmalige erfolgte Aufnahme der Zelluloidbearbeitung in die Gruppe Holzindustrie zurückzuführen.

Die Handhabung der gesetzlichen Bestimmungen über die Beschäftigung jugendlicher begegnete mancherlei Schwierigkeiten. So mußte in einigen mechanischen Schreinereien strafend eingegriffen werden, weil den jugendlichen Arbeitern die halbtägigen Vor- und Nachmittagspausen gekürzt wurden. Dasselbe ist von einer größeren Waggonfabrik zu melden, wo eine Bestrafung eintreten mußte, weil die jugendlichen Arbeiter „freiwillig“ die Pausen verkürzten, um arbeiten zu können. Auf Antrag des Verbandes Pforzheimer Eis- und Kartonnagefabrikanten wurde den Eisfabriken in Pforzheim die Erlaubnis erteilt, die Vor- und Nachmittagspause der Jugendlichen auf eine viertel Stunde zu verkürzen, mit der Bedingung, daß diese Ausnahme nur bei normaler neunstündiger Arbeitszeit gelten soll und sich bei dieser die Arbeitszeit nicht über 5 1/2 Uhr abends ausdehnt.

Arbeiterinnen wurden in der badischen Holzindustrie außer den schon erwähnten jugendlichen, 1487 beschäftigt; davon 347 verheiratete und 36 verwitwete oder geschiedene = 29,1% der Gesamtzahl der Arbeiterinnen. Zum besten der Arbeiterinnen hat die Rheinische Gummi- und Zelluloidfabrik eine Schwangerschaftsunterstützung eingeführt und an ihre Arbeiterinnen ein Merkblatt verteilt, in dem auf die gewährten Vergünstigungen hingewiesen wird. Jede Arbeiterin die der Krankenkasse neun Monate angehört, wird während drei Wochen vor der Entbindung aus der Krankenkasse das volle Krankengeld gezahlt. Die Firma zahlt dann noch so viel zu, daß die Arbeiterin ihren vollen Lohn bezieht. Außerdem sind von der Firma eine Anzahl anderer Fürsorgeeinrichtungen zum Besten der Arbeiterinnen getroffen.

Bezüglich der gestatteten Sonntagsarbeiten, erwähnt der Inspektionsbericht, daß es einer Zelluloidfabrik durch technische Verbesserungen gelungen sei, Sonntagsarbeit an den Entwässerungsmaschinen, auf einen Sonntag im Monat, während 12 Stunden zu beschränken.

Da die Holzindustrie mit größeren Betrieben wenig zu rechnen hat, ist die von den Arbeitgebern geübte Wohlfahrtspflege hier nicht in dem Maße anzutreffen, wie in den übrigen Industrien. Nur einige gemüthliche Worte sind

es, die im Berichtsjahre nach dieser Seite hin wirkten. So erhalten fortan die Arbeiter der Firma H. Lang, Mannheim, Ferien unter Fortbezahlung des Lohnes und zwar bei einer Dienstdauer von 10 Jahren 8 Tage, von 10-15 Jahren 12 Tage und nach 15 Jahren 14 Tage. Wohlfahrts-Einrichtungen in Gestalt von Arbeiterwohnungen wurden in der Holzindustrie nur von der Fabrik Stolzenberg in Doss, durch Errichtung von 4 Wohnungen geschaffen. Die Nähmaschinenfabrik von Grigner H. G. in Durlach hatte die Absicht, eine Arbeiterwohnungs-Kolonie zu errichten, gab aber diesen Plan auf, weil die vom Arbeiterausschuß befragte soziald. Bürgerausschussfraktion sich dagegen erklärte: Die Nähmaschinenfabrik von Haib & Neu H. G. in Karlsruhe gab im Berichtsjahre endlich dem von der Arbeiterschaft schon oft geäußerten Wunsche durch Einführung der 14-tägigen Entlohnungsperiode anstatt der bisherigen halbmonatlichen Folge.

Die Zahl der Lohnbewegungen und Streiks waren in der badischen Holzindustrie im Jahre 1906 recht zahlreich. Es dürfte dieses mit auf den außerordentlich guten Geschäftsgang im Baugewerbe zurückzuführen sein. Es wurden befreit in Mannheim 43 Schreinerereien mit 740 Beschäftigten und 467 Streikenden, 7 Sägewerke mit 497 Beschäftigten und 423 Streikenden, 1 Glaseri mit 28 Beschäftigten und 21 Streikenden, 3 Zellulose- und Zellstofffabriken mit 4426 Beschäftigten und 3620 Streikenden, 1 Küferei mit 11 Beschäftigten und 9 Streikenden. In Heidelberg streikten 46 Schreiner in 11 Betrieben, 14 Glaser in 8 Betrieben; in Schönau i. H. 19 Arbeiter einer Holzwarenfabrik, in Bruchsal 32 Schreiner in 11 Betrieben; in Karlsruhe 8 Tapezierer, 8 Küfer, 528 Schreiner; in Pforzheim 8 Tapezierer; in Furtwangen 3 Holzbildhauer; in Billingen 46 Schreiner; in Freiburg 21 Tapezierer und 26 Schreiner; in Thengen 4 Schreiner und Drechsler und in Konstanz 36 Glaser. In den allermeisten Fällen waren es unberücksichtigte Lohnforderungen, die zum Kampfe führten.

Die Zahl der Tarifverträge hat sich im Berichtsjahre nicht unwesentlich vermehrt und ist auch die Holzindustrie entsprechend beteiligt. Das Gewerbegericht in Freiburg brachte den Tarifvertrag der Tapezierer zur Veröffentlichung. In Karlsruhe wurde ein Tarifvertrag im Tapezierergewerbe vor dem Vorsitzenden des Gewerbegerichts abgeschlossen. Eine Verhandlung zwischen Arbeitern und Arbeitgebern im Konstanzer Glaserergewerbe vor dem Gewerbegericht war ohne Erfolg, weil die Meister den Schiedsspruch ablehnten. Ebenso ging es bei einem Streik der Schreiner in Karlsruhe.

Ihr Verhütung von Unfällen und Vorbeugung von Berufskrankheiten wurden von der Fabrikinspektion mannigfache Anregungen gegeben. In den Kreisen der Arbeitgeber begegnet man noch den größten Schwierigkeiten bei der Errichtung von Unfallversicherungsanlagen. Werden solche angeführt, so stellt sich oftmals noch heraus, daß sie nicht zweckentsprechend sind. Um diesem vorzubeugen, fordert die Inspektion auf, die geplanten Anlagen ihr zur Begutachtung vorzulegen. Neue Unfallversicherungsanlagen wurden im Berichtsjahre von mehreren Holzbearbeitungsbetrieben, sowie auch von einer Bürstenfabrik in Donauwörth errichtet.

Große Unfallgefahren ergeben sich aus der schlechten Beschaffenheit der Fußböden in den Sägewerken. Hier vorgenommene Revisionen ergaben, daß die Beschaffenheit der Fußböden in den Sägewerken durchweg viel zu wünschen übrig ließen. Sieht eine starke Abnutzung der

Böden auch in der Natur der Sache, so sollten doch die Arbeitgeber auf die gute Instandhaltung des Bodenbelags ihr Augenmerk richten. — Sehr tadelnswert war das Verhalten einer Firma, der, da die vorhandene Treppenanlage für den Fall einer Katastrophe als unzulänglich erachtet wurde, die Erstellung einer Notstiege oder Notleiter an ihrem großen, fast vollständig aus Holz gebauten Schreinergebäude schon vor längerer Zeit zur Auflage gemacht worden war. Die Firma ließ es soweit kommen, daß ihr unter Genehmigung einer letzten Frist die zwangsweise Betriebs-einstellung angedroht wurde. Diese Maßregel half dann.

Im Inspektionsberichte findet sich auch ein Gutachten über die runde Messermühle an den Abrihtmaschinen vor. Letztere wird zur Vermeidung von schweren Unfällen als sehr geeignet befunden und läßt sich der Bericht folgendermaßen über dieselbe aus:

„In jedem Jahre wiederholen sich in den Werkstätten für Holzbearbeitung die Unfälle an Abrihtmaschinen in außerordentlich hoher Zahl. Selten geht es bei den Verletzungen ohne eine starke Verblutungen der Hand ab, und eine dauernde Beeinträchtigung der Erwerbsfähigkeit ist für den Verletzten fast stets die Folge. Die bei den Revisionen angetroffenen Schutzvorrichtungen über der Messermühle sind vielfach unzureichend oder gar nicht angebracht und haben deshalb häufig nicht vermocht, schwere Unfälle zu verhindern. Es ist somit erklärlich, daß die Arbeiter diesen Schutzvorrichtungen ein gewisses Mißtrauen entgegenbringen, sie sogar direkt ablehnen. Nicht selten kann man hören, daß die Schutzvorrichtung die Veranlassung des Unfalls gewesen sei; dies mag bei vereinzelt, besonders unglücklichen Zufällen bis zu einem gewissen Grade zutreffen. Doch liegt die Hauptgefahrquelle nicht in der Schutzvorrichtung, sondern vielmehr in dem bei Abrihtmaschinen bisher allgemein verwendeten System der Bierbaummesserwelle.“

Neuerdings befaßt sich nun eine Reihe von Firmen, zu deren näherer Bezeichnung die Fabrikinspektion auf Anfragen jederzeit gerne bereit ist, mit der Herstellung runder Messermühlen, auf deren Befestigung auch schon die süddeutsche Berufsgenossenschaft durch Bestellung der Druckschriften an die Mitglieder hingewirkt hat. Diese neue Welle bietet für die Unfallverhütung außerordentliche Vorteile. Die Schlitzöffnung des Abrihtscheibens, aus der die rotierenden Messer hervortreten, bleibt hier, im Gegensatz zu den Maschinen mit vierkantigen Messerwellen, fast vollständig und dauernd von unten her durch die Rundwelle überdeckt, und da hier nur direkt vor den Messerschneiden ganz geringfügige Vertiefungen vorhanden sind, kann die Hand des Arbeiters in etwaigen Ausgleiten nicht mehr wie früher tief in die Schlitzöffnung hineingeraten. Die Folgen von Unfällen an so ausgestatteten Maschinen sind, wie eine längere Beobachtung ergeben hat, durchweg nur leichte Hautabschürfungen und Fleischteilverletzungen an den Fingerspitzen und inneren Fingerflächen; Knochenverletzungen sind, soviel bekannt ist, noch nicht vorgekommen.

Die Fabrikinspektion hat schon wiederholt Veranlassung genommen, auf den Ersatz der Wellen alten Systems durch Rundwellen hinzuwirken. Eine Maschinenfabrik in Mannheim taufchte auf eine einfache Anregung hin an ihren zahlreichen Abrihtmaschinen die Bierbaumwellen gegen Rundwellen aus. Wo zunächst nur eine Maschine mit der runden Welle ausgerüstet worden war, entschlossen sich manche Unternehmer auf Grund der guten Erfahrungen rasch, alle alten Wellen durch Rundwellen zu ersetzen; sie sprechen sich sehr anerkennend über diese Remerung aus und heben ihre große Betriebsicherheit, sowie sauberes und geräuschloses Arbeiten hervor.“

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 36.

Wochenbeitrag für die Zeit vom 1. Sept. bis 7. Sept. fällig ist.

Die Poststelle Konstanz erhält die Genehmigung Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrages in Höhe von 10

Lohnbewegung.

Bei allen Lohnbewegungen ist der Zentralstelle jede Vorabkündigung ein Bericht über den Stand der Bewegung einzusenden; andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugang

Zugang ist fernzuhalten von

Holzarbeitern aller Branchen nach Lippspringe (Mühl-Jahrand).
Schreiner: Lands hut, Mühlborn (Kempf & Geiger), Mühlborn (Hülsmann), Pennes-Sieg (Fabrik für Gebrauchsgegenstände), Solingen.
Sägearbeiter, Maschinenisten und Plagarbeiter nach Neustadt (Hölzlebrud (Baden), Andernach (Zech).
Stellmacher Essen.
Bürstenmacher nach Ramburg (Pfalz) und Dortmund.
Tapezierer und Sattler Köln (M. Bogbaum, Handelsstraße).

Erfolg in Herford. In Herford traten die Kollegen der Firma Niemann & Gutenberg, Landwirtschaftsmaschinenfabrik, an ihre Arbeitgeber heran, um eine Verbesserung der Lohnverhältnisse herbeizuführen. Nach mehreren Verhandlungen gelang es denn auch, für die Kollegen eine Lohnhöhung von 2-4 Pfg. pro Stunde zu erzielen.
Tarifabschluß in Eilenburg. Durch Tarifabschluß, ohne vorhergegangenen Streik erfolgte, wurde in Eilenburg die Arbeitszeit von 57 auf 56 Stunden pro Woche reduziert und eine Erhöhung der Akkordsätze um 5%, sowie eine solche Stundenlöhne um 3 Pfg. erzielt. Der Tarif läuft bis zum 31. August 1909. Die „Fachzeitung“ des Arbeitgeberverbandes tadelt die Eilenburger Fabrikanten ob dieses Vertrages, da sie denselben eigenmächtig, ohne dem Zentralvorstande des Arbeitgeberverbandes Kenntnis zu geben, geschlossen haben.

Streik in Solingen. In Solingen und Umgegend traten die Schreiner in den Ausstand getreten. Sie fordern die Einführung der neunstündigen Arbeitszeit und die Festlegung eines Lohnes von 55 Pfg. pro Stunde. Bisher bestand eine neuneneinhalbstündige Arbeitszeit und ein Lohn von 50 Pfg. pro Stunde.

Tarifabschluß mit der Orgelbauanstalt Jos. Haack Rosenheim. Nachdem die Organisation genügend erweitert war, beschloßen die bei genannter Firma beschäftigten Kollegen einen Tarifentwurf einzureichen und zur Durchführung zu bringen. Es gelang denn auch einen Vertrag zu schließen, der mit kleinen Änderungen dem Entwurf entspricht. Jeder Kollege erhält auf den bisher bezogenen Stundenlohn einen Zuschlag von 3 Pfg. Weitere Zuschläge erfolgen vom 1. April 1908 in Höhe von 3 Pfg. und am 1. April 1909 in Höhe von 2 Pfg. Die Arbeitszeit beträgt fortan 60 Std., 59 Std. pro Woche. Für Ueberstunden wird ein Zuschlag von 25% und für Sonntagarbeit einen solchen von 50% gewährt. Bei Montagearbeiten erfolgt ein Zuschlag von 1,50 pro Tag. Bestimmungen über Lohnzahlung, Kündigung, Streitfälle etc. wurden dem Vertrage ebenfalls beigefügt. Aufgabe der Kollegen wird jetzt sein, daß die Organisation von Bestand und am Orte mehr ausgebaut wird, doch der Vertragsabschluss gezeigt, daß der Verband mit Erfolg die Interessen der Kollegen vertritt.

Christliche Holzarbeitergewerkschaften im Ausland.

Belgische Holzbewerksverbände.

In Belgien, dem fast ganz katholischen Lande, wohnt gegenwärtig der Streit, der auch in Deutschland zwischen christlichen Gewerkschaften und Fachabteilungen ausgefochten wird. Nachdem die vom Klerus unabhängigen christlich-demokratischen, auch freie Gewerkschaften genannten Organisationen, in erster Linie Weise erstarkt sind, führt man auf einmal in den höheren kirchlichen Kreisen des Bedauerns, die Autorität dadurch zu verlieren, daß man der unabhängigen christlichen Arbeiterbewegung, durch Gründung von unter kirchlicher Leitung stehenden katholischen Gewerkschaften, Knüttel zwischen die Beine wirft. Es ist jedoch zu hoffen, daß dieses Beginnen nicht von großen Erfolge für die Fachabteilungen begleitet ist. Die Arbeiterschaft wird sich schwerlich dazu entschließen, Leuten, die sich früher nicht um ihre sozialen Verhältnisse bekümmert haben, auf gewerkschaftlichem Gebiete zu folgen.

Der belgische Holzbewerksverband ist eine freie, d. h. auf christlich-demokratischer Grundlage bestehende Organisation der belgischen Holzarbeiter. In dem gegenwärtigen Streite bemüht derselbe sich jedoch keineswegs eine vermittelnde Haltung einzunehmen. Die innere Organisation ist die von internationalen christlichen Verbänden, die zum Teil noch ein kirchliches, meistens niedriger angeordnet, ein kirchlich-mittelständliches Gewerbe haben. Ueber die Mitgliederzahl des Verbandes war nichts in Erfahrung zu bringen. Entweder der für den Verband in Betracht kommenden Kreise, ist der Einschlag derselben doch schon ein beträchtlicher. Ordentliche Mitglieder in Mechelen, Gen, Antwerpen, Brügge, Löwen, Lüttich und noch 17 anderen Städten. Der Verband gibt ein in französischer Sprache allmonatlich erscheinendes Organ, betitelt „De Belgische Houtbewerker“ heraus. Dasselbe erscheint in Mechelen, Belgien, Nummer 18.

N. A. Zimmerlieden-Sekretariat Et. Jorck.

Eine von deutschen katholischen Fachabteilungen ähnlich handelnde Stelle ist das belandische „N. A. Zimmerlieden-Sekretariat Et. Jorck“. Jedoch besteht der Unterschied, daß die belandischen katholisch-organisierten Zimmerlieden freilich nach die deutschen Fachabteilungen prinzipiell den Streit ablehnen.

Die Mitgliederzahl der dem Sekretariat am 1. Jan. 1907 angehörenden 31 Ortsgruppen beträgt 1150. Gründungstag des Sekretariats ist der 12. Mai 1902. Im Jahre 1906 wurden von den dem Sekretariat angeschlossenen Vereinen keine Streiks geführt. Doch waren 8 Poststellen an Lohnbewegungen beteiligt. Die Folge der Lohnbewegungen, an denen 350 Mitglieder teilnahmen, waren Ausperrungen von organisierten Zimmerlieden, die dann auch aus der „Beerdigungsliste“ unterdrückt wurden.

Der Beitrag der Mitglieder wird allmonatlich in Höhe von 5 ct für die „Boorogklas (Notfallkasse) und 5 ct für die „Beerdigungsliste“ (Streikkasse) erhoben. Außer den Einnahmen der Notfallkasse war eine Einnahme von fl. 630 im Jahre 1906 zu verzeichnen. Die Ausgaben hatten dieselbe Höhe. Der Kassenbestand belief sich am Jahresanfang 1907 auf fl. 1000.

Au Unterstützung gewährt das Sekretariat bei Streiks oder Ausperrungen seinen Mitgliedern 2/3 des Tagelohnes, berechnet nach dem Amsterdamer Standardlohn, welcher 28 ct pro Stunde beträgt. Organ des Sekretariats ist der einmal im Monat in einer Auflage von 1600 erscheinende „Katholische Zimmermann“. Außer diesem stehen dem Sekretariat, welches eine Unterabteilung des N. A. Volksbundes ist, noch die Organe des letzteren, wie „de Volksbannier“, „de katholieke Werkman“, „de Volksbede“ etc. zur Verfügung.

Wie sehr die „Berliner“ Theorie mit ihrer Praxis im Widerspruch steht, haben auch schon die römisch-katholisch organisierten Zimmerlieden in Holland erfahren müssen. Im Jahre 1905 wurde von ihnen in Maastricht ein Streik begonnen, an dem 81 Mitglieder beteiligt waren. Der Streik dauerte 10 Wochen und wurden die Ausständigen von ihrer Organisation unterdrückt. Insgesamt erforderte der Kampf einen Aufwand von 5800 Gulden. Der Streik wurde gewonnen, die Arbeitszeit vergrößert und ein Lohn festgelegt, der 1 ct pro Stunde über den bisherigen Höchstlohn stand.

Es geht daraus zur Genüge hervor, daß, obwohl die belandischen katholischen Gewerkschaften denselben Aufbau wie die Berliner Fachabteilungen haben, in der Praxis doch eine andere Richtung einhalten. Immer mehr wird sich deshalb auch in Holland der Gedanke Bahn brechen, daß bei solchen interprofessioneller christlicher Gewerkschaften, noch viel mehr zum Besten der Arbeiterschaft geleistet werden kann.

Gewerkschaftliche Ansätze in verschiedenen Ländern.

Die beste Aussicht auf Verwirklichung eines christlichen Holzarbeiterverbandes besteht in Dänemark. Es besteht heute bereits eine Vereinigung für alle christlichen Arbeiter im „Kristelig dansk Faellesforbund“, die aber den Anforderungen, die an eine Gewerkschaft gestellt wird, noch nicht genügend Rechnung trägt. Befinden sich doch auch in Dänemark 5-6000 Mitglieder zählende Vereinigung Arbeitgeber. Das Bedürfnis nach Gründung eines Holzarbeiterverbandes christlicher Grundlage ist besonders in Kopenhagen ein starkes und ist man in genannter Vereinigung entschlossen, dies einzusetzen, um eine straffe Organisation nach deutschem Muster ins Leben zu rufen.

In den österreichischen Ländern bestehen außer den Verbänden christlicher Holzarbeiter Oesterreichs, der fast nur für die deutschsprechenden Kollegen in Betracht kommt, christliche Holzarbeitergewerkschaften in Slowenien und Südtirol. Erstere hat ihren Sitz in Laibach und führt den Titel „Fachverein der Holzarbeiter“, während die letztere für die italienischsprechende Kollegen bestimmte „Forderungen der Holzarbeiter“ in Trient domiziliert.

In den romanischen Ländern läßt die Entwicklung der christlichen Arbeiterbewegung überhaupt manches zu wünschen übrig. Wo Ansätze zu Gewerkschaften vorhanden sind, sind sie nur in den erstehenden christlich-demokratischen Arbeiterverbänden zu suchen. Aus diesen heraus muß und wird die Entwicklung vor sich gehen. Am fertigesten ist die Bewegung in Italien, wo insbesondere die Tertilarbeiter mit der Gründung selbständiger christlicher Gewerkschaften ernst machen. Waren doch bereits auf dem jüngst in London gefundenen internationalen Kongreß der christlich organisierten Tertilarbeiter ihrer rund 10000 durch Delegierte vertreten.

Denselben Entwicklungsgang, wie die christliche Gewerkschaftsbewegung in Italien, wird auch diejenige Frankreichs nehmen. Nur aus der christlich-demokratischen Arbeiter- und Volksbewegung können hier gewerkschaftliche Gebilde christlicher Grundlage entstehen. Die Idee der christlichen Gewerkschaften bricht sich immer mehr, auch im Auslande, Bahn. Selbst in Rußland bilden sich bereits eine christl. Tertilarbeitergewerkschaft (Sitz Lodz-Polen), der hoffentlich bald Verbände anderer Berufe folgen werden. Es läßt sich nur das eine feststellen, daß die christlichen Gewerkschaften auf der ganzen Linie marschieren.

Zum Streit der Schreiner in Landshut. Das musterhafte Verhalten der Landshuter Kollegen hat die Meister soweit gebracht, daß sie von ihrer starren, ablehnenden Stellung, sowohl gegen jede Forderung, sowie gegen jede Verhandlung abgekommen sind. Obwohl seitens der Gehilfen nichts unterlassen wurde, was zu einer gütlichen Beilegung der Differenzen führen konnte, wollten die Meister von einer Verhandlung mit den Gehilfen nichts wissen und glaubten so den famosen Beschlüssen auf dem Schreinermeisterstag in Rosenheim Geltung verschaffen. Erst nach 6 Wochen, als sie sahen, daß die Gehilfen nicht gesonnen, bedingungslos in die Kuden zurückzulehren, hat man sich dazu entschlossen, die Gehilfen zu einer Verhandlung einzuladen. Dasselbe fand statt und wurde beinahe mit den anwesenden Meistern eine Einigung erzielt. In der Meisterversammlung erhielten aber die Scharfmacher, meistens die kleinen Meister, die aus dem Streit Nutzen ziehen — die Oberhand und so wurde eine einheitliche Regelung der Arbeitsbedingungen abgelehnt und es jedem einzelnen Meister überlassen, mit seinen Gehilfen eigens zu verhandeln bzw. denselben Zugeständnisse zu machen. Nachdem die Meister mit wenigen Ausnahmen dem Schreinermeisterverband angehören, ist diese Stellungnahme derselben geradezu beschämend. Anstatt durch den Verband eine einheitliche Regelung im Gewerbe herbeizuführen, wird der lieben Konkurrenz wegen, noch eine größere Zerklüftung hineingetragen. Wenn der Schreinermeisterverband seine Aufgabe, die gewiß auch dahin geht, durch einheitliches Zusammenwirken die Konkurrenz zu bekämpfen, nicht besser erfüllt, dann sind uns die Klagen über geringe Mitgliederzunahmen begreiflich. Mit dem Kriegsgeschrei gegen die Gehilfenorganisation allein werden die Meister dauernd nicht zufrieden; im übrigen scheint aber der Verband vollständig zu versagen; durch die Uneinigkeit der Meister ist für die Gehilfen die gleiche Situation wie vor zwei Jahren geschaffen, die sie nunmehr je nach Lage zu ihrem Vorteile auszunutzen werden.

Der Streit in Mühldorf a. J. Der Streit in der Möbelfabrik Kempf und Geiger dauert fort und noch ist ein Ende desselben nicht abzusehen. Vor kurzem hat Herr Geiger auf eine Notiz der Arbeiter bezugnehmend, dem „N. Münch. Tagbl.“ eine Berichtigung zugehen lassen, in der er die Schuld an dem Streit lediglich dem Arbeiterausschuß, der angeblich nicht verhandeln wollte, zugeschrieben hat. Daß die Berichtigung damals nicht den Tatsachen entsprechen hat, wurde bereits festgestellt, nunmehr aber wieder neu bestätigt. Um Herrn Geiger Gelegenheit zu geben, sein Entgegenkommen zu beweisen, wurde von den Vertretern der beiden in Betracht kommenden Verbände eine Verhandlung angebahnt, zu der sich Herr Geiger auch bereit erklärte. Merkwürdigerweise lehnt es letzterer nach wie vor ab, mit den Vertretern der Verbände zu unterhandeln, lediglich mit seinen Arbeitern will es Herr Geiger zu tun haben. Welchen Zweck dieser Standpunkt haben soll, ist nicht leicht ersichtlich, nachdem man es den Verbandsfunktionären doch niemals nehmen kann, bei der Beratung des Ergebnisses einer solchen Verhandlung mit den Arbeitern ihr Urteil abzugeben. Doch haben sich auch in diesem Falle, um des Friedenswillen die Organisationen nachgiebig gezeigt und ließen die Arbeiter allein mit der Firma die Verhandlung führen. Die 7 Stunden, die die Arbeiter mit Herrn Geiger verhandelten, führten fast zu keinem Resultat. Zugestanden wurden 20 Prozent für Ueberstunden. Garantierung des Akkordlohnes mit 3,50 Mk. pro Tag, sowie die wöchentliche Auszahlung. Dagegen gestand Herr Geiger keine Lohnerhöhung zu, auch die Organisation sollte nicht anerkannt werden, nachdem sich die Firma dagegen vermachte, mit derselben einen Tarif abzuschließen. Von den bisherigen Forderungen wurden einzelne um 5—25 Pfg. erhöht, was einer Erhöhung von 1—4 Proz. gleichkommt. Dadurch, daß die Arbeiter künftig das Material selbst auf die Bank schaffen sollen, hätten sie aber von der Neuregelung eher Nachteil als Vorteil. Für Tagelöhner wurden statt der geforderten 2,70 2,30, für die Maschinisten statt 3,50 nur 3 Mk. zugegeben. Unter diesen Umständen war eine Einigung unmöglich. Die Arbeiter haben denn auch nach eingehender Besprechung Herrn Geiger ein Schreiben zukommen lassen, in dem sie die ablehnende Haltung der Firma bedauern und erklären, unter den Umständen die Arbeit nicht aufnehmen zu können. Somit ist Klarheit darüber geschaffen, daß nicht die Arbeiter, sondern lediglich die Firma daran die Schuld trägt, wenn der Streit weiter dauert. Uebrigens sind von den über 50 in Streit getretenen Arbeitern kaum mehr 20 in Mühldorf, die übrigen haben anderwärts Arbeit gefunden. Einheitsig wurde beschlossen, den Streit weiter zu führen.

Weiden. (Nach dem Kampfe). Es dürfte hier kaum unter den Schreinermeistern jemand sein, der nicht einsehe, daß ihr proziges Benehmen den Gehilfen gegenüber eine Dummheit war. Heute steht die Sache in Weiden so, daß trotzdem der Zugang dorthin nicht ferngehalten wird, keine Gehilfen sich nach dort umgezogen fühlen. Am klügsten handelte Meister Ruder, der die Forderung voll bewilligte und heute wieder mit sämtlichen Gehilfen arbeitet. Besonders ärgert es die Meister, daß er auch unseren Vorstand wieder einstellte, der den Meistern den Sündenbock abgeben sollte. Wenn auch sich die Kollegen nicht halten ließen, hier weiter zu arbeiten, so können wir doch heute fast einen vollen Erfolg konstatieren. Die Meister benötigen Leute und würden, wenn sie solche bekommen, gemäß unser früheren Abmachung handeln. Besonders schlecht erging es dem Meister Klögnar. Er selbst und auch sein Sohn erlitt eine schwere Verletzung an der Hand durch die Maschinen. Ebenso erging es einem Gehilfen, der taubstumm ist und stehen geblieben war. Solche Fälle sind bedauerlich, sie rechtfertigen aber unser Vorgehen, denn Gehilfen, die in gleicher Gefahr fast beständig schweben, haben auch Anspruch auf anständigen Lohn. Zu erwähnen ist noch, daß ein Meister Artl sich durch den Kollegen Schwarzler beleidigt fühlte und gegen denselben Klage stellte. Die Empfindlichkeit dieses Herrn ist höchst sonderbar, nachdem er einen Gehilfen mit Lausbuben u. a. tituliert. Unsere Zahlstelle wurde zwar durch die Abreise der Kollegen geschwächt, doch nimmt sie wieder an Mitglieder zu.

Berichte aus den Zahlstellen.

Mühlhausen (Thüringen). Kollege Hilbrand aus Hannover referierte hierseits am 17. August in einer öffentlichen christlichen Gewerkschaftsversammlung über das Wesen und die Entwicklung der Gewerkschaften. Redner definierte den Begriff „Gewerkschaft“ kurz dahin, daß er Zusammenschluß bedeute. Die Berechtigung zu einem solchen Zusammenschluß sei den Arbeitern dadurch gegeben, daß auch die übrigen Volkskreise sich beispielsweise in Gesellschaften, Syndikaten zc. zusammenschließen. Zweck der Gewerkschaften sei nach der materiellen Seite die Vermehrung der Einkünfte ihrer Mitglieder. Dies sei in den heutigen Zeitverhältnissen dem Einzelnen unmöglich, nur die Organisation gebe diese Möglichkeit. Redner gab dann einen kurzen Überblick über die Geschichte der Gewerkschaften und zeigte, daß sie, obwohl die christliche Gewerkschaftsbewegung noch nicht lange eingesetzt habe, bereits beachtenswerte Erfolge erzielt hätten, diese Erfolge basieren darauf, daß die christlichen Gewerkschaften den Arbeitern durch Abschließen von Tarifverträgen gesunde und gesicherte Lebensbedingungen schafften. Die christlichen Gewerkschaften hätten längst eingesehen, daß Kapital und Arbeit nicht gegeneinander, sondern miteinander arbeiten müßten, und daß demgemäß der Streit bei einer Lohnbewegung das letzte Mittel sei, zu dem man greifen dürfe, wenn alle übrigen versagen. Bezüglich der politischen Stellung der christlichen Gewerkschaften führte der Vortragende aus, daß sie sich keiner bestimmten Partei angeschlossen, daß sie aber dafür sorgen müßten, in jede bürgerliche Partei Vertreter ihrer Anschauungen zu bekommen. Zum Schluß ging der Redner auf die religiöse Seite der Frage ein, betonte, daß die auf christlichem Boden stehenden Gewerkschaften interkonfessionell seien, und behauptete, daß die hiesigen katholischen Arbeiter fast ausschließlich in Fachabteilungen organisiert seien. Endlich forderte der Vortragende zu reger Agitation und unermüdlichem Vorwärtsarbeiten auf und schloß mit dem Hinweis, daß die Zukunft der Arbeiterbewegung größer sei als ihre Vergangenheit. Die Ausführungen des Redners wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. In der sich anschließenden Diskussion wies Kollege Griesbach auf die großen Schwierigkeiten hin, mit denen die christliche Organisation hierorts zu kämpfen habe. Nichtsdestoweniger seien einzelne Erfolge zu verzeichnen, wie auch der befruchtende Ausgang des letzten Zimmererstreiks auf die Initiative der wenigen christlich organisierten Zimmerer zurückzuführen sei. Es folgte dann eine rege Aussprache, in der eine Anzahl von Spezialfragen erörtert und dem Gedanken Ausdruck gegeben wurde, daß der alte Stamm doch stets treu zur Fahne halten möchte.

Schönlanke. 5—600 Personen hatten sich zu der von unserem Verbands auf Sonnabend den 17. August einberufenen Versammlung eingefunden. Letztere hatte den Zweck, das Material, das durch eine von unserem Verbands aufgenommene Statistik gewonnen war, den weiteren Kreisen zugänglich zu machen. An Hand der Statistik war es dem referierenden Kollegen Sangmeister-Bromberg ein Leichtes, die mißliche Lage der Schönlanter Holzarbeiter zu beleuchten. Sind doch Löhne von 6 Mk. pro Woche für Arbeiterinnen und 12 Mk. für Arbeiter keine Seltenheit. Über dem Durchschnitt stehen eine Anzahl Maschinenarbeiter mit einem Wochenverdienst von 15—20 Mk., ebenso auch einige Drechsler, Bildhauer und Tischler die bis 27 und 28 Mark verdienen. Es ergibt sich für die männlichen Arbeiter ein Durchschnittswochenlohn von 16 Mk. Damit kann aber ohne Zweifel ein Familienvater nicht auskommen. Soll's anders werden, so bleibt den Schönlantern Holzarbeitern nur die Stärkung der Organisation übrig, mit deren Hilfe sie bessere Verhältnisse erzielen können. Als Organisation kommt für einen christlich und national gesinnten Arbeiter der Holzindustrie nur der Zentralverband christl. Holzarbeiter in Betracht. — Die Diskussion gestaltete sich sehr lebhaft. Als erster Redner trat Herr Paetz, ein Arbeitgeber, auf den Plan. Er ermahnte die Kollegen mit den Arbeitgebern Hand in Hand zu arbeiten und nicht zu nutzlosen Streiks zu greifen. Auch einige „Genossen“ beteiligten sich an der Debatte. Der zweite Vorsitzende derselben glaubte eine Hezrede gegen unseren Verband halten zu müssen. Er konnte es vor allem nicht kapieren, daß unsere Zahlstelle in den letzten Tagen 50 neue Mitglieder aufgenommen hat. Der Versammlungsleiter war schließlich gezwungen, diesem Heiden das Wort zu entziehen, da er sich an den parlamentarischen Anstand nicht gewöhnen konnte. Als später Kollege Sangmeister den „Genossen“ mitteilte, daß ihre Zahlstelle nach den Angaben des Lourensmacher Müller auch nur 120 Mitglieder zählte, da rief der schon erwähnte „Genosse“, daß dies eine Lüge sei. Als ihm aber die „Holzarbeiter-Zeitung“ vors Gesicht gehalten wurde, da wars auf einmal ein Druckfehler. Trotzdem wurde nachträglich auch der Druckfehler abgeleugnet. Nach den Auslagen desselben „Genossen“ sind unter den 120 „frei“ organisierten Holzarbeitern nur zwei Sozialdemokraten. Wenn dem so ist, so haben unsere Kollegen für Aufklärung allenthalben zu sorgen. Nur unaufgeklärte nicht-sozialdemokratische Arbeiter können es sein, die im sozialdemokr. Holzarbeiterverband, wie Figura zeigt, für dummt gehalten werden. Der Platz der nicht sozialdemokratisch gesinnten Kollegen ist im Zentralverband christlicher Holzarbeiter. — Der Erfolg der Versammlung war die Aufnahme von 25 Kollegen in den Verband. Diesen rufen wir ein herzlich Willkommen zu. Mögen sie nur bestrebt sein, tüchtige Gewerkschaftler zu werden.

Das Tölg. Eine außerordentliche Generalversammlung abzuhalten war unsere Zahlstelle am 17. August gezwungen. Der hierzu erschienene Bezirksvorsitz, Kollege Adlhoch-München, hielt ein Referat über die Aufgaben der Ortsverwaltung. Angesichts der Tatsache, daß sich in unserer Zahlstelle mancherlei Mißstände eingeschlichen haben, war ein diesbzgl. Vortrag nur am Platze. Gängst doch das Leben, das in einer Zahlstelle herrscht, in erster Linie vom Vorstand ab. — Die vorgeschlossene Wahl eines Vorsitzenden fiel auf den Kollegen Schweighofer. Hauptsächlich gelang es den Kollegen unter dessen Leitung die Zahlstelle Tölg zu dem zu machen, was sie eigentlich sein sollte. Sei nur jedes Mitglied der Zahlstelle auf dem Posten.

Kister bei Hagenburg [Westermald.] Endlich ist es gelungen, auch auf dem weitentlegenen Westermald den christl. Gewerkschaftsgedanken zum Durchbruch zu bringen. Durch eifrige unermüdlige Kleinarbeit unter den Arbeitern der Bürstenbranche der Firma Böck & Co., Kisterhammer, erklärten sich mehrere Kollegen zum Beitritt bereit. In einer am 28. Juli abgehaltenen Versammlung, in welcher Kollege Koch-Bohlen über die Notwendigkeit der christl. Gewerkschaften gesprochen, konnten wir denn auch die Gründung einer Zahlstelle vornehmen. Um aber noch weitere Fortschritte zu machen, fand am 4. August wieder eine Versammlung in Hagenburg statt, welche öffentlich durch Verteilung von Flugblättern bekannt gegeben war. In dieser überaus zahlreich besuchten Versammlung referierte Kollege Esching-Frankfurt in ausführlicher Weise über die Ziele und Zwecke unseres Verbandes. Die Sozialdemokraten, die einige Wochen vorher hier zu agitieren angefangen hatten, wollten uns in dieser Versammlung nach besten Kräften entgegenarbeiten. Zu diesem

Zweck hatten sie ebenfalls aus Frankfurt den „Genossen“ Pense kommen lassen, der nun bei der Diskussion die Gelegenheit ergriff, um für den „freien“ Verband Propaganda zu machen. Seiner Meinung nach wäre nur der „freie“ Verband existenzberechtigt u. s. w. Ebenso erfuhr ein angeblicher Werkführer, die „rote Sache“ heraus zu reifen, ging dabei aber so ungeschickt zu Werke, daß er sich selbst so in die Enge redete, und die Versammlung in stürmische Heiterkeit ausbrach. Kollege Esching verstand es in seinem Schlusswort, beide Reden so gründlich zu widerlegen, daß 10 Mann sich zur Aufnahme in unsern Verband anmeldeten. Die „Genossen“ haben hier somit das Gegenteil von dem erreicht, was sie erreichen wollten. Nach dieser Versammlung konnten wir auch die Sägearbeiter vom Sägemesser-Gattert für unsere Sache gewinnen und sie zu einer Sektion zusammen schließen, welche aber der Zahlstelle nicht angeschlossen bleiben soll. Wenn wir es nun auch in der kurzen Zeit zu einer beträchtlichen Mitgliederzahl gebracht haben, so dürfen wir doch keineswegs denken, von unserer Agitation auszuruhen, nein im Gegenteil; denn ein großes Arbeitsfeld liegt noch vor uns, dieses für unsern Verband zu erschließen ist Aufgabe eines jeden Kollegen. Gerade die Westermald Kollegen haben Grund genug, sich im Verband zusammen zu schließen. Wenn wir der traurigen Lage der Sägearbeiter, wie auch der der Bürstenarbeiter gedenken, wie niedrige Löhne, schlechte Behandlung, schlechte Arbeitsräume und anderes mehr, dann ist es hohe Zeit, auf Verbesserung zu dringen. Zudem klagen die Sägearbeiter in Gattert über unpünktliche Lohnzahlung; auch müssen sie oft Ueberstunden machen, wofür sie nichts kriegen. Drum Kollegen vom Westermald, schließen wir uns alle dem Verband an, arbeiten wir im Sinne unseres Verbandes und die Zeit wird nicht all zu fern sein, wo wir das zu erkämpfen wissen werden, was dem einzelnen nie gelingen wird.

Lübeck. Unserer Gründungsversammlung vom 10. August, folgte Samstag den 17. August eine öffentliche Versammlung im Gesellschaftshaus „Monopol“. Als Referent war der Sekretär des Gesamtverbandes, Kollege Hartmann-Hamburg erschienen. Auch unser Bezirksvorsitzender, Kollege Bullen-Hamburg, hatte sich eingestellt u. a. Kollege Hartmann referierte über das Thema: „Die Bedeutung der christl. Gewerkschaften innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung“. In der Diskussion, zu der sich die Kirche ihren Sekretär Lange eigens aus Hannover kommen ließen, sollte nun in stundenlangem Redeschwall Bericht gehalten werden. Allein der Spiritus-vektor der Kirche hatte sich verrechnet, denn es war nur 10 Minuten Redezeit für jeden Redner festgesetzt. Nach dieser nichtüberschmeißelnden Nachricht zogen die Kirchslein, nach Aufforderung ihres Sekretärs johndend und schreitend und unter Streifbrettern von seiten der „Genossen“ aus dem Saal. Zu der Mühe, die sich Herr Lange gemacht hatte, kam nun auch der Kerger, seinen Geist nicht leuchten lassen zu können, um auf diese Weise die Christlichen, (wie man sich vorher ausdrückte), vom Erdboden zu vertilgen. Dies bringen die Kirche aber nicht jetzt und wenn sie 10 Sekretäre nach Lübeck importieren. Doch einige Kirchslein es nicht über's Herz bringen, der Versammlung fernzusitzen und kehren wieder in den Saal zurück, wo sie unter großer Heiterkeit der Anwesenden und Zurufen der Genossen (Streifbretter usw.) ihren Geist leuchten ließen. Auch die „Genossen“ machten ihrem geprehten Herzen unter großem Kabau Luft, ob der kurzen Redezeit, während sie hernach unter allerlei Ausreden aufs Wort verzichteten. Sie bedenken aber nicht, daß in einer roten Versammlung ein christlicher Arbeiter überhaupt nicht zu Wort kommt. Im Schlusswort wurde nochmals den Unorganisierten ans Herz gelegt sich zu organisieren, was auch mehrere befolgten. Auch Kollege Bullen richtete beherzigenswerte Worte an die Anwesenden, indem er auch betonte, daß für die christl. Arbeiter nur in den christlichen Gewerkschaften Platz sei, denn nur da werden ihre Interessen vertreten. Folgende Resolution gelangte zur Annahme, bei deren Verlesung die „Genossen“ unter Lärm den Saal verließen:

„Die heute, am 17. Aug. im Gesellschaftshaus „Monopol“ tagende Versammlung christlich-national gesinnter Arbeiter erkennt die Bedeutung der christl. Gewerkschaften innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung und ist der Ansicht, daß nur solche geeignet sind, den Weg zum sozialen Frieden zu betreten. Die Versammelten versprechen daher mit aller ihr zu Gebote stehenden Kraft für die Ausbreitung der christl. Gewerkschaften tätig zu sein, zum Wohle der Arbeiter.“

Umma. In unserer Stadt hat als zweite christliche Organisation auch der Zentralverband christlicher Holzarbeiter festen Fuß gefaßt. Bestand schon seit längerer Zeit hier eine Vertrauensstelle, so ist es doch erst vor einigen Wochen dazu gekommen, eine Sektion, welche der Zahlstelle Dortmund angeschlossen ist, zu gründen. Rührig sind die Kollegen an der Arbeit, ihre Position zu stärken. Hierüber sind unsere „roten Freunde“ fast toll vor Wut geworden und leisten die schwierigsten Sachen. Als neuestes bringen sie in der Nr. 34 der „Holzarbeiter Zeitung“ einen Berrat der Christen ans Tageslicht. Wir würden auf das Geschimpf überhaupt nicht eingehen, wenn es nicht gälte, mal endlich die Öffentlichkeit über den Streit bei der Firma Steinmann in Umma aufklärung zu geben. Hier soll unsere Organisation Berrat begangen haben. Bei Steinmann traten 6 Genossen und 2 von unserm Verband in den Streit. Unsere Kollegen standen von Anfang bis zu Ende Streikposten und leisteten überhaupt die Streikleitungsgeheiß fast ganz allein. Wie aber die Genossen? Vier Wochen lang stellten sie fast gar keinen Streikposten. Warum? Weil der rote Verband kein Geld hatte, um Streikunterstützung zu zahlen. Während unsere Kollegen 18 Mk. die Woche erhielten, bekamen die Genossen nichts. War das vielleicht der Berrat, daß unser Verband der „Genossen“ keine Streikunterstützung zahlte? Wenn der rote Verband kein Geld hatte, dann sollte der Gauleiter Meyer doch dort dasselbe gefast haben, was er in der Werkstatteversammlung der Hüllen-Dortmund jagte: „Geld gibts keins, wenn ihr in den Streit tretet“. Wenn nun nach wochenlangem Kampfe Kollege Schopohl allein mit Steinmann verhandelte, so geschah das deshalb, weil die Herren „Genossen“ sich überhaupt um die ganze Sache nicht mehr bekümmerten; wir aber auch nicht notwendig haben, den „getreuten Friedolin“ des Herrn Hartung und Genossen zu spielen. Gälten die „Genossen“ sich um den Streit bekümmert und weniger dem Spiritus und Bilderhandel geschuldig, dann hätten sie auch mit verhandeln können. Dann hätte Herr Steinmann auch dem Kollegen Schopohl gegenüber einige Zugeständnisse gemacht. Als am andern Tage die „Genossen“ jedoch unsern Vertrauensmann aufforderten, nochmal mit ihnen hinzugehen und sie die Zugeständnisse schriftlich verlangten, zog Herr Steinmann alles zurück. Der Kampf war aussichtslos geworden und so jüngen unsere Kollegen wieder an. Die Herren „Genossen“ hatten aber schon 3 Wochen vorher den Befehl von der Gauleitung erhalten, wieder anzufangen. Also nicht wir sind die Berräter, sondern dieselben sind beim roten „Holzarbeiter-Verband“ zu suchen. Am Samstag, den 7. September, findet in Umma eine öffentliche Versammlung statt, in der Kollege Schopohl die Lügen des roten Verbandes gebührend behandeln wird. Wenn die „Genossen“ den Mut schenken, die Klingen zu kreuzen, wir sind bereit dazu.

Wärker- und Pfäzlermacher.

Aus dem Wärfental. Interessante Fragen wurden in den Versammlungen der Wärkerarbeiter des hinteren Wärfentales, die am 21. und 22. Aug. stattfanden, besprochen. Verbandssekretär Böblach referierte über das Thema: „Gefesgebung und Selbsthilfe des Arbeiterstandes“. Er behandelte vor allem die Grundforderungen des Arbeiterstandes gegenüber der Gefesgebung, sowie gegenüber dem öffentlichen und wirtschaftlichen Leben. Grundlegende Voraussetzung für die Durchführung jeglicher Forderungen ist aber vor allem ein starkes Zusammengehörigkeitsgefühl, ein Standesbewusstsein, das immer mehr geweckt werden muß. Fragen, wie diejenigen des Arbeitsschutzes, des besseren Ausbaues der sozialen Beschäftigungsgesetze, Einführung eines mindestens 10stündigen Maximalarbeitstages können und sollen durch die Gefesgebung geregelt werden. Ungezählte Zustände gäbe es und wäre überhaupt unmöglich, wenn der Staat alles und jenes von oben herunter reglementieren wollte. Vorausgehen müsse die Selbsthilfe der christlichen Gewerkschaften. Ebenso notwendig sei aber auch die Hilfe der Organisation bei Durchführung der Gefese. Kollege Bacher-Straßburg führte daran anschließend aus: Bevor man fortwährend nach Staatshilfe schreie, sei es notwendig, daß man zuerst einmal selbst seine Hand anlege und mitarbeite, um seine Verhältnisse zu bessern, erst dann habe man das Recht, auch die Hilfe des Staates zu verlangen. Was nützen die schönsten Gefese auf dem Papier, die aber nicht durchgeführt werden. Trotz der bestehenden Gefese seien im Wärfental die Krankenkassen noch nicht auf die Heimarbeiterinnen ausgedehnt. Der Anschluß der Heimarbeiterinnen an den Verband sei auch deshalb dringend notwendig, um dieses durchzuführen zu können. Ebenfalls müsse ein Gewerbegericht für das hinter Wärfental. In den nächsten Wochen würden die christlichen Gewerkschaften Eingaben an die Gemeindegewerkschaft des Wärfentales richten, um die Einführung eines solchen zu erreichen. Woche für Woche lesen eine Anzahl Klagen aus dem Wärfental bei ihm ein. Wenn auch die Beträge, um die es sich manchmal bei den Streitigkeiten handle, klein seien, so sei das für die Arbeiter, die sich so wie so kümmerlich durchbringen könnten, schon von Bedeutung. Was aber noch wichtiger sei, daß auch die Arbeiter ein Ehrgefühl hätten, eben auch zu ihrem Rechte kommen wollten. Ohne Gewerbegericht müßten sie heute an das Amtsgericht, brauchen einen Anwalt und machen eventuell große Kosten. Auch hätten die Arbeiter bei Arbeitsstreitigkeiten wenig Vertrauen zu den Amtsgerichten. Das Gewerbegericht sei ein Fachgericht, da dasselbe von Arbeitgebern und Arbeitern gleichmäßig zusammengesetzt sein müsse. So unterließen es die Arbeiter in der Regel, beim Amtsgericht zu klagen. Die Folge von dem Nichtausstragen dieser Streitigkeiten sei, daß sich die Meister und Arbeiter alles erlauben dürften. Kollege Bacher forderte auf, in allen Gemeinden eine rege Agitation für ein Gewerbegericht zu entfalten. Zum Schluß schloß er die Bedeutung des Ramberger Kampfes für die Wärkerarbeiter und forderte auf, unermüdet am Ausbau des Zentralverbandes christl. Holzarbeiter zu wirken.

Eingesandt.

Runde Messerwellen.

Auf die diesbezüglichen Fragen, die ein Kollege in voriger Nummer des Organs stellte, möchte ich folgendes sagen: Die runden Messerwellen haben gegenüber den gewöhnlichen folgende Vorteile aufzuweisen: 1) Ersparnis an Messermaterial, da diese zu gebrauchenden Messer ganz schmal und dünn sind. 2) Verhütung des Ausreißen des Holzes, da der Span kurz gebrochen wird. 3) Einschränkung der Unfallgefahr, insbesondere beim Abrißhobel, weil die runde Welle ein möglichst nahe Zusammenrücken der beiden Tischhälften gestattet, die Tischspalte verhältnismäßig eng ist. Während bei beiden ersten Vorteilen in der Hauptsache für den Arbeitgeber ins Gewicht fallen, ist der letztere für uns Arbeiter bedeutsam. Die ersten beiden Vorteile sind es denn auch namentlich, die die Arbeitgeber zur Anschaffung runder Messerwellen bewegen, nicht nur für den Abriß, sondern auch für den Dickhobel. Bei letzteren ist je dünner die Unfallgefahr, soweit die Messerwelle in Betracht kommt, fast Null, da dieselbe doch wohl meist mit einem schweren eisernen Schutzhaken, der gleichzeitig als Drücker dient, verdeckt ist. Frage 1 und 3 dürften damit wohl erledigt sein. Was die Frage 2 betrifft, können auf die Welle Reilmesser, wie solche zum Rechen von Fensterholz gebraucht werden, aufgespannt werden, so ist diese zu beheben; denn die runde Messerwelle besteht aus einer einfachen Welle mit zwei nach oben runden, abwechselbaren Jalagen, die zum Einspannen der gewöhnlichen Messer dienen. Nimmt man nun die Jalagen ab, so lassen sich andere, auch Reilmesser, auf der Welle befestigen. Aber damit sind dann selbstverständlich auch alle Vorteile der runden Welle aufgehoben, weil eine solche in Wirklichkeit nicht mehr vorhanden ist. Reilmesser, namentlich mit tief eingegrabenem Messer, sollten wegen der großen Unfallgefahr ebenfalls auf der Abrißmaschine verboten werden, dafür sollte man die Fräsmaschine oder noch besser, besonders Reilmaschinen benutzen.

H. D. Götz.

Das beste, was wir in meiner 16jährigen Praxis als Maschinenarbeiter auf dem Gebiete der Unfallverhütung an ihren Selbstbeschäftigungsmitteln begegnet, ist ungetriebe die runde Messerwelle. Nachdem auch in meinem Betriebe diese Anwendung eingeführt hat die Maschine einen viel ruhigeren Gang und arbeitet bedeutend besser als früher. Die früher zum Rechen verwendeten Messer können auch bei der runden Welle benutzt werden, nur ist dieselbe dann entsprechend zu beschneiden. S. für zum Rechen in der Mitte der Welle, aber nicht bei Reimen, wenn zwei verschiedene Profile zu gleicher Zeit angebracht werden sollen, an den Enden der Welle. Was die Gefahr der Verletzung anbetrifft, so ist beim Abrißhobel jede Gefahr beseitigt. Glieder, Finger oder Hände können bei der runden Welle nicht verloren gehen, da die Messer nur sich 1 mm vorziehen. Kommen Verletzungen vor, so sind sie immer nur leichter Natur. Ein Vorteil für den Arbeitgeber besteht noch darin, daß die für die runden Welle bestimmten Messer um 1/2 billiger sind, als die bisher gebrauchlichen. Es wäre nur zu wünschen, wenn die Berufs-Gewerkschaften die Einführung der runden Messerwelle zwangsweise anordneten. Wie

Kollegen, die ich bisher in dieser Sache sprach, und die Neueinrichtung schon benutzten, sind voll des Lobes über die runde Welle.

J. C. Mentestel.

Zur Lage der pfälzischen Korbmacher.

Mit Interesse habe ich die Abhandlung in Nr. 84 unseres Organs über die Korbflechterei in Schaidt-Steinfeld gelesen und möchte ich mir als Korbmacher, der eine mehr wie 25-jährige Praxis hinter sich hat, erlauben, einige weitere Ausführungen, die als Ergänzung dienen können, zu bringen. Da es namentlich die Reiskorbflechterei ist, die in Schaidt-Steinfeld betrieben wird, ist es gewiß nicht uninteressant, wenn die Kollegen anderorts die Preise, welche dem Korbmacher vom Händler gezahlt werden, erfahren. Es werden gezahlt für Reiskörbe, einfach gestochten, oben gemessen:

Nr.	1	2	3	4	5	6	7	8	9
cm	60	65	70	75	80	85	90	95	100
Mk.	2,65	3,25	3,85	4,40	5,20	6,00	7,00	8,00	9,00

Doppelt gestochten zählt eine Nummer höher. Der selbständig tätige Korbmacher kann hier nicht damit rechnen, daß, falls er einen Gehilfen beschäftigt, er einen höheren Verdienst hat wie dieser. Der für einen Korb vom Händler erzielte Preis wird durch die Materialien und den Arbeitslohn ausgeglichen. So wiegt ein mittlerer Korb von 80 cm ca. 17 Pf. Das Pfund Material kostet durchschnittlich 17 Pf. Rechnet man 1 Pf. Abfall, so ergibt sich eine Ausgabe von 3,06 Mk. für Material allein. Hierzu kommt ein Arbeitslohn von 1,85 Mk., zusammen 4,95 Mk. Ebenso sind auch die Beiträge zur Kranken- und Invalidenversicherung nach den gesetzlichen Bestimmungen mitzurechnen. Der Meister verdient somit an der Arbeit der Gehilfen nichts und der Gehilfe steht sich infolge der geringen Bezahlung ebenso schlecht wie der Meister.

Ein Korbmacher fertigt in der Woche im Durchschnitt sieben der vorerwähnten Körbe. Bei einer täglichen Arbeitszeit von 13 Stunden ergibt sich so ein Stundenverdienst von ungefähr 16 1/2 Pf. Kommt man dagegen in die Stadt und fragt im Laden was ein solcher Korb kostet, so muß man staunen über die Naivität der Händler, die dem Korbmacher beim Vorbringen seiner Klagen einfach mit den Worten antworten: „Ich kann absolut nicht mehr bezahlen“. Ja, würden die Korbmacher nicht noch etwas Landwirtschaft meistens nebenbei betreiben, so könnten sie bei ihrer Arbeit verhungern.

Nur die Organisation kann hier Wandel schaffen. Da aber bleibt es zu bedauern, daß gerade die Frauen es sind, die ihre Männer vom Verbanden fernhalten. Sie reden den Kollegen vor, daß der Verbandsbeitrag das sonntägliche Biergeld gebe oder auch, daß man besser Zucker und Kaffee dafür kauft. Wieder andere glauben ihren Männern plausibel machen zu müssen, daß durch den Verband doch nichts erreicht werden könne. Freilich, wenn alle so dächten und niemand in der Organisation für seinen Stand Opfer bringen wollte, könnte der Verband niemals etwas schaffen. Doch gibts Gott sei Dank der einsichtigen Kollegen immer mehr.

Um unter den Korbmachern und auch den Frauen den Organisationsgedanken zu wecken, erscheint es vielleicht als gar nicht unangebracht, wenn denselben beim herannahenden Winter das Verbandsorgan eine zeitlang frei ins Haus gebracht würde. Zwecklos wäre dieses sicher nicht.

G. P.

Gewerkschaftliches.

Ein warnendes Beispiel. Ueber einen Fall seltener Charakterlosigkeit müssen wir diesmal berichten. Der Sägewerksbesitzer Frizer in Reichenhall ließ im Winter wiederholt den Wunsch verstanden, daß sich seine Arbeiter organisieren sollten, und zwar, da er selbst als christlich gesinnter Mann gelten will, sollten sich seine Arbeiter auch christlich organisieren. Der Herr Frizer äußerte sich sogar dafür, daß er später auch nicht abgeneigt sei, einen Tarifvertrag einzugehen, allerdings sollte in den übrigen Sägereien, bei seinen Konkurrenten, auch etwas geschehen. Dem ersten Wunsche bemühten sich nun unsere Kollegen in Reichenhall nachzukommen, indem es ihnen gelang, die Werte in den drei Sägewerken zu organisieren. Raum in den Verband aufgenommen, drängten nun diese, vom gewerkschaftlichen Kampf noch keine Ahnung habenden Mitglieder zum Vorgehen, und stützten sich dabei auf die bereits erwähnten Auslassungen des Herrn Frizer jun. Sowohl von der Verbandsleitung wie vom Sekretariat wurde jedes Vorgehen zurückgehalten, weil man den Zusagen des Herrn Frizer keine Bedeutung beimah, und ihn auch nicht höher einschätzte wie manch andere Arbeitgeber, die trotz ihrer christlichen Gesinnung einer Forderung der christlichen Arbeiter nicht wider Willen leisten wie den Sozialdemokraten gegenüber. Doch unsere älteren Kollegen in Reichenhall ließen sich durch die Redensarten des Herrn Frizer jun. beiraten und haben die Annäherung eines Kollegen aus München dazu benutzt, einige Forderungen aufzustellen und sie auch dem Frizer zu unterbreiten. Und nun zeigte sich Herr Frizer wie er ist. Er brachte es fertig, ohne jede Rücksicht auf die Organisation, sofort für miltigen Arbeitern zu kündigen. Noch trauriger war aber das Verhalten des größten Teiles der Arbeiter, die, als nun Kollege Schwärzer in die Bewegung eintritt, diesen förmlich anbeteten, die Bewegung bezog, die Kündigung rückgängig zu machen, da sie doch die Arbeit nicht verlieren wollen. Nachdem nun schon in der ersten Phase des Kampfes die Arbeiter eine bestimmte Minderzahl an den Tag legten, wäre es für die Führer unermesslich gewesen, die Arbeiter irgendwie zu bestimmen, unbedingt bei der Forderung bestehen zu bleiben. Man ließ nun die Arbeiter selbst entscheiden, was sie nach der Sachlage tun wollen, und sie haben selbst einstimmig beschlossen, die Forderungen vorläufig zurückzunehmen. Dabei hat sich wieder einmal gezeigt, wie schwer es ist, mit gewerkschaftlich ungeschulten Arbeitern einen Kampf zu führen. Trotzdem nun die Forderungen nichtig wurden, hat Herr Frizer mit allen Mitteln die Organisation bekämpft. Soweit hat er's

gebracht, daß einige der auch-Kollegen nunmehr selbst ein Kampf gegen die organisierten Kollegen führten. Schließlich hat der Druck des Herrn Frizer bewirkt, daß 94 der Arbeit öffentlich die Erklärung abgaben, daß die christlich organisierten Arbeiter aus der Sägerei entfernt werden sollen! Kann die Charakterlosigkeit weiter getrieben werden, als wenn sich die Arbeiter soweit herablassen, ihre eigenen Kollegen zu verkaufen zu verraten und broßlos zu machen? Wir glaubten kein Zeit, als in Bam im bayerischen Wald eine Anzahl Arbeiter einen ähnlichen Schurkenstreich begingen, der Fall blieb vereinzelt, doch stellen sich die Vorgänge in Reichenhall denen in Bam würdig an die Seite. Doch eine Genugtuung haben wir sicher zu erwarten. Neben der Verachtung, der die auch-Kollegen seitens jedes anständigen Arbeiters preisgegeben sind, kommt schließlich noch die Zeit, wo sie auch vom Arbeitgeber, den sie retten glaubten, den verdienten Lohn erhalten. In Bam haben es die auch-Kollegen bereits bitter empfinden müssen, in Reichenhall ist das gleiche zu erwarten. Die Lehre aus diesen Vorgehen ergibt sich von selbst. Mit ungeschulten und nicht charakterfesten Leuten lassen sich keine Kämpfe führen.

Der Verband christlicher Schuh- und Lederarbeiter hielt vom 18. bis 20. August in Birmensdorf (Mittelpfalz) seinen 4. Verbandstag ab. Besucht von derselbe einschließlich des Zentralverbandes von 22 Delegierten. Laut des gedruckten vorliegenden Geschäftsberichtes, der sich auf die letzten beiden Jahre erstreckt und mit dem 30. Juni 1907 abschließt, stieg die Mitgliederzahl von 2200 auf ca. 4100, davon etwa 450 weibliche Mitglieder. Insgesamt sind in der Berichtszeit 5349 Aufnahmen und 801 Uebertritte aus anderen Verbänden erfolgt. Die Gesamteinnahmen betrugen 84000 Mark, die Ausgaben 71000 Mark, das derzeitige Vermögen des Verbandes 23300 Mark. An Lohnbewegungen war der Verband in 62 Fällen mit 1350 Mitgliedern beteiligt, davon wurden 23 allein geführt. Zum Streik kam es bei 15 Bewegungen, Tarifverträge wurden 20 abgeschlossen. Die durch sämtliche Bewegungen erzielten Verbesserungen betragen per Jahr etwa 100000 Mark mehr an Lohn und ca. 130000 Stunden weniger Arbeitszeit. Das Verbandsorgan, die „Deutsche Lederarbeiterzeitung“, erscheint in einer Auflage von 5000. Der Bericht und die Tätigkeit des Zentralvorstandes wurde gutgeheißen. Bei der Statutenberatung wurde die Einführung von Staffelbeiträgen beschlossen. Dieselben schwanken von 20 Pf. für weibliche Mitglieder bis zu 55 Pf. für männliche Mitglieder per Woche. Die einzelnen Unterstützungsarten wurden wesentlich ausgebaut. In der Frage der „ausländischen Bruderorganisationen“, solche bestehen in der Schweiz, Oesterreich und Holland, wurde der Zentralvorstand beauftragt, in nähere Beziehungen mit denselben zu treten und eventuell Kartellverträge mit denselben abzuschließen. Allgemein wurde seitens der Delegierten die Notwendigkeit besserer internationaler Beziehungen betont. Im Punkt „Heimarbeiterchutz“ wurde die Verbandsleitung beauftragt, sofort bei Erscheinung der bereits zugesagten Regierungsvorlage sich mit dem Gesamtverband in Verbindung zu setzen und Stellung hierzu zu nehmen. Die weiteren Beratungen betrafen hauptsächlich Gegenstände organisatorischer und agitatorischer Art. Als Vorsitzender des Verbandes wurde Kollege Meier, als Redakteur Kollege Kineder wiedergewählt, als Sitz des Verbandsausschusses wurde Gdm bestimmt.

Aus dem gewerblichen Leben.

Sächsische Holzwarenfabrik Mag Böhme & Co. Aktien-Gesellschaft in Dippoldiswalde. Die Aktien dieser im Jahre 1905 errichteten Gesellschaft sollen nunmehr auf Antrag der Allgemeinen Deutschen Kredit-Anstalt in Leipzig an die Börse gebracht werden. Mit 600000 Mk. errichtet, wurde Anfang 1906 das Grundkapital bereits auf 1,2 Mill. Mk. erhöht. Die beiden ersten Jahre brachten je 8% Dividende. Der Geschäftsgang in dem ab 1. November laufenden 3. Betriebsjahre war bisher befriedigend. Sämtliche Abteilungen bleiben flott beschäftigt. Die Verwaltung rechnet deshalb wieder mit einem zufriedenstellenden Ergebnis.

Zahlstelle Dieren.

Samstag, den 7. September, abends 8 1/2 Uhr

Versammlung

Tagesordnung: Gewerbegerichtswahlen.

So amtag, den 15. September

Gewerkschaftsfest

im Lokale des Herr Hüsch zur „Flora“.

Rege Beteiligung erwartet!

Der Vorstand.

Zahlstelle Hildesheim.

Sonntag, den 15. September nachm. 3 Uhr im evangelischen Vereinssaale

Öffentliche Versammlung

Referent: Kollege Winter, Berlin.

Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht.

Der Vorstand.

Zahlstelle Sterkrade.

Sonntag, den 8. September, vormittags 11 Uhr

Große Gewerkschafts-Versammlung

im Gewerkschaftshause.

Tüchtige Referenten sind zur Stelle

Der Vorstand.

Berichtswort: Redakteur: Carl Jansen, Köln.
Druck von Friedrich Weiffing, Gdm.